

## Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

eingebracht am 24.04.2025, 22:04:04

**Landtagsabgeordnete(r):** LTabg. Sandra Krautwaschl (Grüne)

**Fraktion(en):** Grüne

**Regierungsmitglied(er):** Landesrat Mag. Hannes Amesbauer, BA

**Betreff:**

***Abschaffung des Luftschutz-Hunderters trotz fachlicher Einwände aus dem eigenen Haus: Faktenbefreite Politik auf Kosten der Gesundheit***

Mit der Abschaffung des Luftschutz-Hunderters Mitte April 2025 hat die Landesregierung eine Maßnahme zurückgenommen, deren Nutzen für den Gesundheitsschutz in unmittelbarer und weiterer Autobahnnähe durch eigene Verwaltungsstellen eindrücklich belegt ist. In der Beantwortung einer Umweltinformationsgesetz-Anfrage (UIG) der Grünen wurde neben einer Sammlung öffentlich verfügbarer Evaluierungsberichte zur Verkehrsbeschränkungsverordnung auch ein internes Dokument übermittelt: Die Stellungnahme der zuständigen Fachabteilung.

In dieser Stellungnahme sprechen sich die Fachleute der Landes klar gegen die Aufhebung des IGL-100er aus. Die geltenden Grenzwerte des Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) würden zwar aktuell eingehalten, jedoch angesichts der ab dem Jahr 2030 gültigen Grenzwerte könne keine Entwarnung gegeben werden. Besonders alarmierend sei der Befund zur flächendeckenden Belastung entlang der A2 und A9, wo Wohnnachbarschaften nach wie vor von NO2-Belastungen betroffen sind, die nur durch die temporäre Geschwindigkeitsreduktion um bis zu 1,7 µg NO2/m<sup>3</sup> reduziert werden konnten.

Die Landesverwaltung weist zudem unmissverständlich darauf hin, dass selbst die Einhaltung der derzeitigen Grenzwerte kein ausreichender Schutz sei, da die WHO wesentlich strengere Grenzwerte empfiehlt – etwa 10 µg/m<sup>3</sup> NO2 als Jahresmittelwert, ein Wert, der aktuell klar überschritten wird.

Die Entscheidung der Landesregierung ignoriert also nicht nur bestehende Belastungslagen, sondern konterkariert auch das eigene Ziel eines wirksamen Gesundheitsschutzes und den Anspruch, wissenschaftlich fundierte Umweltpolitik zu betreiben.

Diese politische Kehrtwende steht im Widerspruch zu den Grundwerten einer vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitspolitik: Der Schutz von Mensch und Natur, insbesondere von sensiblen Gruppen wie Kindern, älteren Menschen und chronisch Erkrankten, muss Priorität haben. Alle Studien und nun auch die vorliegende Stellungnahme sprechen deutliche Worte.

Der Luftschutz-Hunderter ist ein messbar wirksames Instrument, dessen Beibehaltung von den Fachabteilungen des Landes empfohlen wurde. Die Abschaffung erfolgt offensichtlich nur aus dem ideologiegetriebenen populistischen Wunschbild des „freien Fahrens“. Obwohl die hauseigenen Expert:innen in der Landesverwaltung mit Daten und Fakten davor warnen, setzt sich die Landesregierung über diesen Rat hinweg. Wenige Minuten schnelles Autofahren ist dieser FPÖ-ÖVP-Landesregierung wichtiger als die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung.

Es wird folgende

**Anfrage**

gestellt:

Warum wurde der Luftschutz-Hunderter in der Steiermark Mitte April 2025 abgeschafft, obwohl die hauseigene Stellungnahme der Landesverwaltung vom 13. März 2025 dessen Beibehaltung aus fachlicher Sicht dringend empfohlen hat?

**Unterschrift(en):**

LTabg. Sandra Krautwaschl (Grüne)